

Schluss mit dem Befristungswahn

Die Fachgruppe Hochschule und Forschung thematisiert die Beschäftigungsbedingungen

Am 10. November lud die Fachgruppe Hochschule und Forschung der GEW in das Hauptgebäude der Universität ein, um über die Personalstruktur an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu diskutieren.

Vor ca. 50 interessierten Kolleg/innen, unter ihnen auch der Vorsitzende des Personalrats des wissenschaftlichen Personals an der Universität Hamburg, stellte Fredrik Dehnerdt von der Fachgruppe die aktuellen Aktivitäten der GEW in den Hochschulen und Forschungseinrichtungen

dar, anschließend bekräftigte der Vorsitzende Klaus Bullan, wie wichtig es ist, dass die Interessen der Beschäftigten in den Hochschulen und Forschungseinrichtungen vertreten werden.

Im Hauptvortrag ging Dr. Andreas Keller, Leiter des Vorstandsbereichs Hochschule und Forschung der GEW Bund, auf die Strukturdefizite ein, die den Alltag der Beschäftigten in Hochschulen und Forschungseinrichtungen prägen. Besonders alarmierend sind die Daten der neuen Hochschulpersonalstatistik, die am Tag der Veranstal-

tung veröffentlicht wurde: Auf einen unbefristet beschäftigten wissenschaftlichen Angestellten kommen inzwischen acht Kolleg/innen mit einem Zeitvertrag. Vor einem Jahr lag das Verhältnis von unbefristet und befristet beschäftigten wissenschaftlichen Angestellten noch bei 1:7, vor fünf Jahren bei 1:4.

Anschließend stellte Keller das *Templiner Manifest der GEW* vor, in dem eine Reform von Personalstruktur und Berufswegen in Hochschule und Forschung gefordert wird. Die rege Diskussion wurde nach der Veranstaltung in einem Bistro weitergeführt. Bei dieser Veranstaltung wurden sowohl Mitglieder gewonnen als auch bisher passive Mitglieder zu aktiver Beteiligung an der Fachgruppenarbeit motiviert.

FREDRIK DEHNERDT,
Fachgruppe Hochschule
und Forschung und

2. stellvertretender Vorsitzender

Nicht nachlassen, sondern nachlegen!

Für eine Reform der Hochschul- und Studienfinanzierung

Nach dem erfolgreichen Protest der Studierenden und Beschäftigten der Hamburger Hochschulen gegen die angekündigten Kürzungen sowie der zum Wintersemester 2012/13 angekündigten Abschaffung der allgemeinen Studiengebühren muss es nun darum gehen, weitere Verbesserungen in der Hochschul- und Studienfinanzierung einzufordern und gemeinsam durchzusetzen. Ansätze

hierfür finden sich im Wissenschaftspolitischen Programm sowie im steuerpolitischen Konzept der GEW.

Abschaffung der allgemeinen Studiengebühren

Allgemeine Studiengebühren wurden in Hamburg trotz massiver Proteste 2006 von der CDU eingeführt – zu denken ist an eine Vielzahl von Demonstrationen, den Gebühren-Boycott

von 6000 Studierenden an der Universität Hamburg und insbesondere an den kollektiven Boykott von Studierenden an der Hochschule für bildende Künste. Allgemeine Studiengebühren werden nun nach sechs Jahren – das sind bei 12 Semestern, ca. 5000 Euro für jeden in dieser Zeit immatrikulierten Studierenden (ohne die Zinsen) – wieder abgeschafft. Das ist ein Erfolg jahrelanger unermüdlicher studentischer Proteste.

Rücknahme der Kürzungspläne

Ebenso waren die aktuellen Proteste gegen die Kürzungspläne der neuen SPD-geführten Regierung, die im Wahlkampf eine ‚solide Finanzierung‘ der Hochschulen versprach, um kurz danach Kürzungen von 5 -10 Prozent anzukündigen, erfolgreich:

die angekündigten Kürzungspläne wurden jetzt nach massiven Protesten von Studierenden und Angestellten der Hochschulen zurückgenommen.

Diese Erfolge in Fragen der Hochschul- und Studienfinanzierung machen deutlich: Protest kann wirken! Zweitens zeigen sie aber auch: Es gibt noch viel zu tun...

Studiengebühren abschaffen – Ausbildungsförderung weiterentwickeln

Eine Abschaffung der allgemeinen Studiengebühren wird

als Entlastung für die Studierenden nicht ausreichen. Nur wenige Studierende bekommen Bafög, viele müssen sich nebenbei den Lebensunterhalt verdienen. Zudem werden die regulären Semesterbeiträge erhöht und weiterhin die staatlichen Zuschüsse für das Studierendenwerk gekürzt. So steigen die Mensapreise, ebenso die Verwaltungsgebühren und es wird begonnen, für einige Studiengänge Einschreibgebühren zu verlangen.

Die GEW lehnt Studiengebühren, egal in welcher Form und Höhe, komplett ab, d.h. auch

die in Hamburg noch bestehenden Langzeitstudiengebühren, die Verwaltungsgebühren oder auch die bereits teilweise erhobenen Einschreibgebühren. Studiengebühren, so ist festzustellen, lösen kein einziges Problem, sondern verschärfen die Krise des Bildungssystems.

Darüber hinaus fordert die GEW die strukturelle Erneuerung der Ausbildungsförderung – perspektivisch ist das Bafög zu einem elternunabhängigen Studienhonorar für alle Studierenden weiter zu entwickeln. Im Gegenzug sollen die ausbil-



Foto: FG Hochschulen

Wie? – Ihr werdet schon sehen!

dungsbezogenen Leistungen des Familienlastenausgleichs (wie Kindergeld oder Steuerfreibeträge), die heute den Eltern von Studierenden zu Gute kommen, in die Ausbildungsförderung integriert und damit direkt an alle Studierenden ausgezahlt werden.

Hochschulfinanzierung ausbauen

Im zwischen der Behörde und der Hochschulleitung geschlossenen sogenannten ‚Zukunftspakt‘ wird der Haushalt der Universität bis 2020 auf 280 Millionen Euro festgelegt und ein jährlicher Aufwuchs von 0,88 Prozent festgeschrieben. Dies entspricht ihrem aktuellen Haushaltszuschuss plus der Kompensation aus den Studiengebührenmitteln sowie weiteren Mitteln, die die Universität bisher erhielt. Wird die jährliche Kostensteigerung von 2,5 Prozent einberechnet, bedeutet dieser ‚Zukunftspakt‘ bis 2020 ein stetiges Minus für den Haushalt der Universität.

Was nach Absicherung klingt, ist somit nichts weiter als eine auf neun Jahre festgeschriebene Stagnation – stattdessen fordert

die GEW, dass der Haushalt der Hamburger Hochschulen nachfrage- und bedarfsgerecht ausgebaut wird.

Die GEW fordert eine öffentliche Finanzierung der Hochschulen, die sich am steigenden gesellschaftlichen Bedarf an Bildung und Forschung in der Gesellschaft orientiert. Die staatlichen Ausgaben für Bildung und Forschung sind deutlich und nachhaltig zu steigern.

„Doch woher nehmen...?“

Unabhängig von der Rücknahme der Kürzungspläne ist festzustellen, dass für eine nachfrage- und bedarfsdeckende Finanzierung der Hochschulen Umschichtungen im Haushalt der Stadt Hamburg nicht ausreichen, sondern stattdessen die Einnahmeseite verbessert werden muss, um insgesamt mehr Geld für die öffentlichen Einrichtungen zur Verfügung zu haben.

Die öffentlichen Haushalte in Deutschland sind seit Jahren unterfinanziert und diese Unterfinanzierung hat steuerpolitische Ursachen – zu denken ist etwa an die massive Senkung der Unter-

nehmenssteuern und die Absenkung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer.

Dieser politisch verursachten Unterfinanzierung der öffentlichen Haushalte gilt es entgegenzuwirken: Eine dauerhafte Erhöhung der Ausgaben für Bildung und Kultur muss durch höhere Steuereinnahmen, die reiche Haushalte und Unternehmen belasten, finanziert werden – nicht zuletzt auch, um die immer ungleicher ausfallende Verteilung von Einkommen und Vermögen zumindest im Ansatz zu korrigieren.

Die GEW fordert daher, die Unterfinanzierung der öffentlichen Haushalte durch die Wiedereinführung bzw. Erhöhung der Unternehmensteuer und des Spitzensteuersatzes zu beheben.

Der Kampf um eine solidarische Zukunft geht weiter – die GEW steht dabei an der Seite der Studierenden und der Beschäftigten in Hochschulen und Forschungseinrichtungen!

FREDRIK DEHNERDT,
Fachgruppe Hochschule
und Forschung und

2. stellvertretender Vorsitzender

HOCHSCHULE III

Vom Dr. Prekär zum Prof. Dr. Depressiv

Lehrende an deutschen Hochschulen sind so produktiv wie nie – gleichzeitig häufen sich psychische Probleme

Dass die gestiegenen Anforderungen, denen die Studierenden im neu eingeführten Bachelor-Master-Studiensystem ausgesetzt sind, auch gesundheitliche Folgen haben, die sich u.a. in überproportionalem Auftreten von psychischen Erkrankungen

zeigen, wurde in jüngster Vergangenheit bereits festgestellt. Nun mehren sich Befunde, die zu dem Schluss gelangen, dass auch die Lehrenden unter dem verschärften Druck in Folge der vielfältigen Reformen in Hochschule und Studium leiden.

Seelisches Ausbrennen so „normal wie eine Erkältung im Winter“

Offen werde kaum über das Thema geredet, da Scheitern im Hochleistungsapparat Hochschule als Tabu gelte, so Martin Spiewack in einem Artikel von ZEIT Online mit dem Titel „Prof. Dr. Depressiv“. Das Institut für Psychiatrie der Berliner Charité erhalte jedoch vermehrt Anfragen von Professor/innen, die von chronischen Kopf- oder Rückenschmerzen, von Freudlosigkeit oder latenter Aggressivität berichteten. Die deutsche Universitätszeitung (DUZ) erklärte kürzlich das seelische Ausbrennen von Wissenschaftler/innen für so „normal wie eine Erkältung im

Winter“. In den USA werde bereits von der *post-tenure depression* gesprochen – als Diagnose für all die Kolleg/innen, die sich im Wissenschaftssystem bis zu einer Professor/innenstelle hochgekämpft haben. Eine Therapeutin, die junge Wissenschaftler/innen auf ihre Rolle als Dozent/innen vorbereitet, stellte gegenüber ZEIT Online fest, dass die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen an den Hochschulen selbstschädigendes Verhalten förderten.

Beschäftigungsbedingungen werden schlechter

Seit Jahren stehen die Beschäftigten in den Hochschulen unter Druck: Sie müssen die Studienreform bewältigen, immer mehr Studierende ausbilden und – auch zur Sicherung der eigenen Arbeitsplätze – Anträge um Fördermittel verfassen sowie alle ihre Leistungen als Kennzahlen transparent machen (Betreute Abschlussarbeiten, Publikationen, Drittmittel u.Ä.m.). Dieser neue Wettbewerb auf allen Ebenen gibt den Takt vor – und hat innerhalb weniger Jahre eine an den Kennziffern ablesbare Produktivitätsexplosion ausgelöst. Niemals zuvor wurde an deutschen Hochschulen so viel ausgebildet und geforscht wie heute. Das Personalvolumen dagegen stagniert – weder werden der Steigerung der Studierendenzahlen entsprechend neue Stellen geschaffen noch werden die aktuellen Daueraufgaben in Forschung und Lehre auf Dauerstellen ausgeübt.

Effizienzsteigerung zu Lasten des Personals

Die Produktivitätssteigerung ist ausschließlich durch die erhöhte Arbeits- und Einsatzbereitschaft des wissenschaftlichen Personals realisiert worden. Nun fordert die Reform Tribut bei ihren Trägern, den wissenschaftlich Beschäftigten an den Hochschulen. „Verbleib und Er-

folg in der Wissenschaft“, so die GEW in ihrem *Wissenschaftspolitischen Programm*, „zwingen unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen zur Selbstaubeutung und zu Arbeitsformen und Arbeitszeiten, die gesellschaftlich destruktiv sind“ – ein Befund, dessen erste Symptome sich aktuell zeigen.

Strukturdefizite: Vom Dr. Prekär zum Prof. Dr. Depressiv

Wird der gesamte wissenschaftliche Mittelbau unterhalb der Professur bisher als ‚Nachwuchs‘ abqualifiziert und auch mit Hilfe dieser Beschreibung das Befristungsunwesen des wissenschaftlichen Personals unterhalb der Professur legitimiert, zeigen die neuen Befunde nun, dass auf diese ‚Lehrjahre‘ keine ‚Herrenjahre‘ (mehr) folgen – wenn überhaupt bis zur Professur vorgedrungen wird. Der Weg über den Mittelbau auf die Professur führt nicht zu Muße „in Einsamkeit und Freiheit“ (Humboldt), sondern die Anforderungen des unternehmerischen Hochschulalltags führen die neu Berufenen in die *post-tenure depression*.

Vorbeugen ist besser...

Um einem professoralen Burnout vorzubeugen, ist es das beste Mittel, die Wege zur Professur so zu gestalten, dass eine *post-tenure depression* nicht wie bisher durch prekäre Beschäftigungsbedingungen, Kettenverträge und Lehraufträge, die den Alltag des wissenschaftlichen Mittelbaus darstellen, begünstigt wird. Hierzu fordert die GEW im *Templiner Manifest*,

1. die Promotionsphase besser abzusichern und zu strukturieren, u.a. durch tarifvertraglich geregelte Beschäftigungsverhältnisse zur Qualifikation mit Sozialversicherungsschutz, die mindestens drei Viertel der Arbeitszeit für die eigenständige Qualifikation vorsehen,

2. Postdocs verlässliche Perspektiven zu geben, u.a. durch einen *Tenure Track*, der den dauerhaften Verbleib in Hochschule und Forschung ermöglicht – unabhängig davon, ob eine Berufung auf eine Professur erfolgt oder nicht,

3. Daueraufgaben auf Dauerstellen zu erfüllen, d.h. ausreichend Stellen zu schaffen, auf denen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit unbefristeten Verträgen Wissenschaft als Beruf ausüben können, sowie

4. prekäre durch reguläre Beschäftigung zu ersetzen, d.h. die Ausbeutung von Lehrbeauftragten als Dumping-Lehrkräften beenden und dort, wo sie dauerhaft Lehr- und Prüfungsaufgaben wahrnehmen, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse schaffen.

Gleichgewicht von Lehren, Forschen und Leben

Die GEW fordert eine Reform von Personalstruktur und Berufswegen in Hochschule und Forschung mit dem Ziel, Lehren, Forschen und Leben im Gleichgewicht zu ermöglichen – auch und insbesondere, um somit übermäßigen psychischen Belastungen in allen Qualifikationsstufen vorzubeugen. „Wissenschaft ist ein normaler Beruf, auch Wissenschaftler/innen haben ein Recht auf eine Work-Life-Balance“, so die GEW im *Templiner Manifest – Für eine Reform von Personalstruktur und Berufswegen in Hochschule und Forschung*. Professor/innen und wissenschaftlicher Mittelbau sollten gemeinsam gegen die aktuellen Tendenzen vorgehen – die GEW steht an ihrer Seite.

FREDRIK DEHNERDT,
Fachgruppe Hochschule
und Forschung und
2. stellvertretender Vorsitzender